

Sonnabend,  
11. Juli 1914.

Das Posener Tageblatt  
erscheint  
an allen Verkaufsstellen  
zweimal  
Der Bezugspreis beträgt  
vierteljährlich  
in den Geschäftsstellen 3,00,  
in den Ausgabestellen 3,25,  
frei ins Haus 3,50,  
bei allen Postanstalten des  
Deutschen Reiches 3,50 M.

Bernspr. Nr. 4246, 3110, 3249 u. 2278.

Mittag-Ausgabe.

Nr. 320.  
53. Jahrgang.

# Posener Tageblatt

Herausgegeben im Auftrage des Komitees des Posener Tageblattes von E. Girschel

Anzeigenpreis  
für eine kleine Zeile im  
Anzeigenteil 25 Pf.  
Reklamenteil 80 Pf.  
Stellengefälle 15 Pf.  
Anzeigen nehmen an  
die Geschäftsstellen  
Tiergartenstr. 6  
St. Martinstr. 62  
und alle  
Announcebureaus.

Telegr.: Tageblatt Posen.

Rusungen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle zu richten. Bei Einsendung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitige Angabe des Honorars erbeten; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Unbenannte Einsendungen werden nicht aufbewahrt. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn das Postgeld für die Rücksendung beigefügt ist.

## Der Kaiser.

Der Kaiser begab sich am Freitag vormittag nach einem kurzen Landspaziergang bei Bergen an Bord der "Rostock" und nahm die Mittagstafel mit mehreren Herren der Umgebung beim deutschen Konsul Mohr. Gegen mittag traf der Postkuriere vom Mittwoch abend ein. Es herrscht warmer Sonnenschein. An Bord ist alles wohl.

## Albanien.

### Die Lage in Durazzo.

In den feindlichen Stellungen wurde in der Nacht auf Freitag eine starke lebhafte Bewegung beobachtet.

Die albanische Regierung hat den Vertrag mit der Dampfschiffahrtsgesellschaft Dalmatia betreffend den Dampfer Herzogowina verlängert.

**Die Fürstin von Albanien reist nach Deutschland.**

Der Sonderberichterstatter der "Deutschen Tageszeitung" meldet seinem Blatte auf radiotelegraphischem Wege von Bord des deutschen Kreuzers "Breslau" vom 10. Juli:

Die Unruhe in der Stadt nimmt täglich zu. Heute sind wieder fünf Gendarmen in voller Ausrüstung mit Pferden desertiert. Die Fürstin reist mit ihren Kindern morgen oder übermorgen nach Deutschland, nicht nach Rumänien. Eine Revolution in Skutari wird anscheinend vorbereitet.

## Eigene Regierung der Ulsterleute!

"Der Augenblick ist gekommen,

Worte in Taten umzusetzen."

Die erste von Sir Edward Carson einberufene Versammlung der provisorischen Ulsterregierung ist am Freitag zusammengetreten. Die Verhandlungen sind geheim und werden in der Ulsterhalle abgehalten, die von 400 bewaffneten Freiwilligen bewacht wird. In der Versammlung befinden sich der Herzog von Abercorn, Marquis von Londonderry und unionistische Parlamentsmitglieder von Ulster.

Große Begeisterung kennzeichnete die Verhandlungen der ersten Versammlung der Regierung von Ulster. Es wurde ein Antrag angenommen, in welchem es Carson überlassen wird, zu sagen,

wann ein entscheidender Schritt unternommen werden soll, und in welchem erklär wird, die Freiwilligen seien jeden Augenblick für die Mobilisierung bereit.

Sir Edward Carson sprach in sehr ernstem Tone. Er verlangte, daß die Haltung der Regierung sehr unbefriedigend sei, und erklärte, für die Treuen Ulsters sei der Augenblick gekommen, ihre Worte in Taten umzusetzen. Ulster habe sich um den Frieden bemüht, werde aber keinen Frieden mit Unterwerfung annehmen.

## Deutsche und andere auswärtige Fragen im Unterhause.

Im englischen Unterhaus wurde am Freitag die Beratung des Budgets des Ministeriums des Außen fortgesetzt.

Der Unionist George Lloyd nahm auf die jüngsten englisch-deutschen Schiffahrts- und Eisenbahnbündnisse im Orient bezug und sagte, England hätte dabei keine wesentlichen wirtschaftlichen Vorteile erlangt.

Der Liberale Ponsonby sprach des längeren über die Wirkung der auswärtigen Politik auf die Rüstungen und sagte, der Flottenbesuch in Kiel habe die Besserung in den deutsch-englischen Beziehungen zum Ausdruck gebracht, aber er müsse fragen, warum die Besserung keinen Einfluß auf die Rüstungen habe, die weiter im Steigen seien.

Marineminister Churchill habe nur gelegentlich einer Ansprache in einer Parteiversammlung in den Provinzen den phantastischen Vorschlag eines Flottenfesttages gemacht, und England könne nicht erwarten, daß Deutschland unter diesen Umständen darauf reagiere. Es sei gewiß ein sehr langwieriger und heiter Prozeß, die europäischen Regierungen dazu zu zwingen, sich gemeinsam mit dieser Frage zu beschäftigen, aber er glaube, daß ein Weg gefunden werden könnte, die unerträgliche Last, welche die Völker der Welt schwer niedergedrückt, zu erleichtern. Er appelliere daher an Sir Edward Grey, daß dieser seinen großen Einfluss ausübe, eine Lösung des Problems zu versuchen, das gewiß voll von Schwierigkeiten sei, das aber niemand von der Regierung für unlösbar halten dürfe.

In Beantwortung der verschiedenen im Laufe der Debatte ausgeworfenen Fragen beschäftigte sich Staatssekretär Grey zuerst mit der Klage George Lloyds, daß das Auswärtige Amt verfaulnisse habe, sich Handelskonzessionen zu sichern. Grey sagte, Lloyd habe ihn gefragt, welche Vorbeeren er auf der Stirn habe. Hinsichtlich der Konzessionen wolle er lieber, daß England Konzessionen erlangt durch den guten Willen des betreffenden Landes, als durch diplomatischen Druck. Grey wies darauf hin, daß Lloyd sich selbst auf die Eisenbahnen beschränkt habe, und daß die Eisenbahnenkonzessionen in Kleinasien schon vor Jahren genau eingeteilt worden seien, und erwähnte sodann die Berieselungs- und die Arsenalkonzession in der Türkei, die nicht unter dem Druck der Diplomatie gegeben worden seien. Man dürfe nicht nur die Eisenbahnenkonzessionen ins Auge fassen, es gebe noch gewisse

andere Konzessionen in Kleinasien, die, wie er hoffe, heranreifen würden, und er denke, daß im Hinblick auf sie die britische Industrie sehr gut abschneiden werde. Bezüglich der Schifffahrt auf dem Euphrat und Tigris erklärte Grey, er sei der Meinung, daß die Lage Englands unter dem neuen Abkommen nicht nur im wesentlichen besser sein werde denn je. Er begünstige diese Konzessionen, doch sei er nicht dafür, eine Truppenmacht zu entsenden, um die Vollendung der Vermessungsarbeiten zu ermöglichen. Was die Petroleumkonzessionen in Persien angeht, so erwarte er nicht, daß sie zu einem Eingriff Englands in die neutrale Zone führen würden. Allerdings würden sie von der russischen Presse in ungünstigem Sinne besprochen. Ein Teil der britischen Presse und einige Redner nähmen an, daß England dazu gebracht werden würde, Dinge zu tun, die es niemals beabsichtigt habe, und er sei nicht überrascht, daß die russische Presse den Gegenstand aufgegriffen habe.

Wenn der britische Handel im allgemeinen oder irgend etwas sonst in Südpersien Großbritannien dazu führen würde, mit der Unabhängigkeit und Unverlässlichkeit Persiens oder dem englisch-russischen Übereinkommen unvereinbare Schritte zu unternehmen, so würde über die Angelegenheit mit Persien oder Russland verhandelt werden, wie man dies schon bei früherer Gelegenheit getan habe, als die Lage des britischen Handels auf der Straße Abujaehr-Schiras Großbritannien fürchten ließ, daß unter britischen Offizieren stehende Streitkräfte benötigt werden würden. Zu den chinesischen Eisenbahnen übergehend, sagte Grey, daß verschiedene Schwierigkeiten im Zusammenhang mit den Übereinkommen zwischen den Gruppen entstanden seien, und daß er sich fürzlich bemüht habe, diese Schwierigkeiten zu beheben. Für Großbritannien stünden jetzt erhebliche Konzessionen in Frage, und er glaube, daß die Übereinkommen zwischen diesen Gruppen verschiedene Länder einschließlich Großbritannien in den Stand setzen würden, freier in den Teilen Chinas vorzugehen, in denen sie besondere Interessen hätten. In bezug auf Tibet führte Grey aus, daß das Vorgehen Chinas tatsächlich ein Versuch sei, Tibet zu erobern und es zu einer chinesischen Provinz zu machen. Da Russland und England sich gegenseitig die Verpflichtung auferlegt hätten, in Tibet nicht einzutreten, sei die Stellung Chinas dort vollständig sicher geworden. Chinas Vorgehen sei deshalb höchst unvernünftig, und England hätte Ursache, sich darüber zu beklagen. Hinsichtlich der Haager Konferenz hätte die Regierung von der Niederländischen Regierung die Einladung erhalten, sieben Mitglieder für das Internationale Komitee zu entsenden, welches in nächsten Juni zu dem Zwecke zusammentreten werde, das Programm für die nächste Haager Konferenz aufzustellen. Die Einladung würde auch angenommen werden, doch sei er der Meinung, daß das Komitee ein sehr schwieriges Gefüge wäre, falls es aus Vertretern aller Nationen bestehen würde, und daß ein kleines Komitee mehr der Sache förderlich leisten würde. Zu den

Rüstungsangeboten übergehend, sagte Staatssekretär Grey: Es ist eine Frage von sehr großer Bedeutung, aber ich habe nichts Neues zu sagen. Ich nehme kein Wort von dem zurück, was ich über die Bedeutung und den Ernst der Frage gesagt habe. Ich habe mein Bestes getan, meinen Gefühlen starken Ausdruck zu verleihen, aber ich kann nicht sagen, daß sie in den anderen großen europäischen Ländern viel Widerhall gefunden hätten. Ich wünschte, ich könnte hoffnungsvoller sprechen, als ich es tue. Wenn von Zeit zu Zeit von einem Lande allein der Versuch gemacht worden ist, auf direktem Wege eine Beschränkung der Rüstungen einem fremden Lande vorzuschlagen, so ist dies stets als ein Versuch betrachtet worden, die Handlungsfreiheit zu beschränken und zu kontrollieren, und ist übel aufgenommen worden. Infolgedessen war es nutzlos, einen direkten Vorschlag zu machen.

Übergehend, sagte Staatssekretär Grey: Es ist eine Frage von sehr großer Bedeutung, aber ich habe nichts Neues zu sagen. Ich nehme kein Wort von dem zurück, was ich über die Bedeutung und den Ernst der Frage gesagt habe. Ich habe mein Bestes getan, meinen Gefühlen starken Ausdruck zu verleihen, aber ich kann nicht sagen, daß sie in den anderen großen europäischen Ländern viel Widerhall gefunden hätten. Ich wünschte, ich könnte hoffnungsvoller sprechen, als ich es tue. Wenn von Zeit zu Zeit von einem Lande allein der Versuch gemacht worden ist, auf direktem Wege eine Beschränkung der Rüstungen einem fremden Lande vorzuschlagen, so ist dies stets als ein Versuch betrachtet worden, die Handlungsfreiheit zu beschränken und zu kontrollieren, und ist übel aufgenommen worden. Infolgedessen war es nutzlos, einen direkten Vorschlag zu machen.

## 30. Deutscher Landwirtschaftlicher Genossenschaftstag.

(Eigener Bericht des Posener Tageblattes.)

(Unter Nachdr. verb.) Hg. Breslau, 10. Juli.

In der heutigen zweiten öffentlichen Hauptversammlung, die gleichfalls sehr stark besucht ist, beschäftigt sich der deutsche landwirtschaftliche Genossenschaftstag zunächst mit dem Thema: Welche Erfahrungen sind in Bayern auf dem Gebiete der Güterzertrümmerung unter Mitwirkung der Genossenschaften gemacht worden und wie sind diese Erfahrungen anderwärts zu verwerten?

Der Berichterstatter Verbandsdirektor Freiherr v. Freyberg-Giesenberger (Feyendorf) führte aus: Das bayerische Gesetz über Güterzertrümmerung ist im August 1910 in Wirklichkeit getreten, und es hat den landwirtschaftlichen Genossenschaften eine ganz neue Aufgabe gestellt, nämlich auf dem Gebiet des Immobilienverkehrs in Konkurrenz zu treten mit dem Zwischenhandel. Es handelt sich nicht darum, den Zwischenhandel überhaupt zu unterbinden, sondern darum, den Auswüchsen des gewerbsmäßigen Zwischenhandels entgegenzutreten. Bei der Beratung im bayerischen Landtag haben politische Gesichtspunkte im engeren Sinne nicht mitgespielt, sondern es waren ausschließlich volkswirtschaftliche Interessen maßgebend. Die Aufteilung landwirtschaftlicher Großgrundbesitzte sollte auch nicht gehemmt werden, die Verringerung der Durchschnittsgröße der landwirtschaftlichen Güter ist an sich kein Nachteil, denn sie fördert die intensive Bewirtschaftung und es ist auch erwünscht, wenn eine größere Zahl von Menschen auf dem Lande lebt. Auch in Bayern sind über 30 Prozent der landwirtschaftlichen Güter in der Größe von 5 bis 20 Hektar, stellen also kleinbäuerlichen Besitz dar. Die Ver-

kleinerung der landwirtschaftlichen Besitzgrößen kann auch zur Gesundung der Landwirtschaft infolfern beitragen, als dann von den Besitzern nur so viel Landwirtschaft betrieben wird, als sie mit ihren eigenen Kräften und eigenen Leuten bewirtschaften können. Die Verkleinerung kann aber, wenn sie ausschließlich durch gewerbsmäßig geprägte Zwischenhandel geschieht, sehr nachteilig wirken. Ein Hauptnachteil ist die Preissteigerung des Bodens durch die Händler und ihre Unterhändler. Bei den meisten Besitzern spielt die Absicht des Landwerbers eine große Rolle und sie sind meist geneigt, Preise zu zahlen, die volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigt sind. Der kleine Landwirt ist bekanntlich geneigt, seine Arbeitskraft nicht in Rechnung zu stellen. Der bayerische Zwischenhandel wurde 1908/9 auf ein Einkommen von 7 Millionen Mark geschätzt; rechnet man noch die Nebenkosten, die Verdienste der Unterhändler usw. dazu, dann kommt man auf eine sehr erhebliche Summe. In zwölf Jahren ist nach einer Berechnung der bayerischen Staatsregierung

eine Versteuerung des Bodens um 90 Millionen Mark eingetreten,

der Hektar ist um 450 Mark teurer geworden und dies allein dadurch, daß die Güterzertrümmerung gewerbsmäßig betrieben wurde. (Hört, hört!) Die Tätigkeit der Händler nimmt auf volkswirtschaftliche Interessen keine Rücksicht und sie bestreitet in zahlreichen Fällen die Güterzertrümmerung ohne Grund. Intensive Verschuldung und große Abhängigkeit der Käufer von den Händlern sind die bedenklichsten Nachteile der gewerbsmäßigen Güterzertrümmerung. Württemberg hat schon längst für Parzellierungen die Bedingung einer dreijährigen Sperrfrist eingeführt. Der Entwurf der bayerischen Staatsregierung sah eine behördliche Genehmigung für jede Güterzertrümmerung vor, der Landtag konnte sich aber dazu nicht entschließen, weil er der Meinung war, daß den Behörden dadurch ein gewisser Eingriff in das Privateigentum eingeräumt und sie schließlich vor Aufgaben gestellt werden könnten, denen sie nicht gewachsen sind; es wurde aber die Anzeigepflicht von jeder Güterzertrümmerung eingeführt. Der Redner berichtet eingehend das bayerische Gesetz und schildert seine Wirkungen während des dreijährigen Bestehens. Er hebt hervor, daß dieser Zeitraum für die Beurteilung um so günstiger ist, da die Einführung des Gesetzes in eine Zeit der wirtschaftlichen Depression fiel und man in der ersten Zeit auch mit einer ungeheuren Agitation der Händler zu rechnen hatte. Seine Ausführungen fasste der Referent in folgendem Antrage zusammen:

a) Der Versuch, wie er mit dem bayerischen Güterzertrümmerungsgebot bezüglich der Heranziehung der Spar- und Darlehnsklassen zu einer möglichen Ausbildung des Zwischenhandels auf dem Gebiete des Verkehrs mit Grund und Boden gemacht worden ist, ist zu begrüßen und hat sich im großen Ganzen bewährt.

b) Die mit dem bayerischen Gesetz in den drei Jahren seiner Geltung gesammelten Erfahrungen lassen für eine Nachahmung des bayerischen Beispiels in anderen Staaten folgende Gesichtspunkte besonders erwähnenswert erscheinen:

a) gegebenenfalls am schwierigsten zu fassen sind jene Fälle, in welchen zwar der Händler tatsächlich die ganzen Geschäfte besorgt, nach außen hin jedoch der Antwortschluß die Aufteilung durchführt, wenn auch unter Befürchtung einer anteilmäßigen Vergütung und einer Mindesteinnahme an den Unterhändler.

b) Der Gesetz einer Festlegung von Genossenschaftsgeldern ist durch tunlichste Bereitstellung entsprechender Vorschlagsmöglichkeit aus öffentlichen Mitteln vorzubeugen.

c) Der Gefahr eines denkbaren Missbrauchs des eingeräumten Verkaufsrechts durch die Spar- und Darlehnsklassen selbst oder einzelne Mitglieder ist — abgesehen von etwaigen Maßnahmen der Genossenschaft — durch den Vorbehalt vorzubeugen, daß das Vorrecht nur gemäßigt wirkt den Genossenschaften zuverläßt und diese Anerkennung auch wieder zurückzogen werden kann.

Der Redner führt zur Begründung dieses Antrags noch aus: Den Darlehnsklassen wird damit anscheinend eine neue Aufgabe gestellt, für die sie sich aber in Bayern durchaus bewährt haben. Erst die Zeit wird ergeben müssen, ob diese Genossenschaften in größerer Zahl in der Lage sind, diese Aufgabe durchzuführen. Wenn die Genossenschaften aber sich für diese Aufgabe erst volkswirtschaftlich genügend vorbereitet und daran gewöhnt haben werden, dann wird ihre Wirksamkeit auch auf diesem Gebiet zum allgemeinen Segen und namentlich der Landwirtschaft zum Vorteil dienen können. (Lebhafte Zustimmung.)

In der

## Besprechung

dieses Referats nahm zunächst das Wort

Verbandsdirektor Dr. Wegner-Posen:

Die intensive Wirtschaft und die Arbeiternot sind, wie der Vortragende ausgeführt hat, ein Hauptbeweggrund für die Verkleinerung der landwirtschaftlichen Betriebe. Wir haben in Deutschland 800 000 ausländische Arbeiter; das Bedenkliche ist, daß jetzt nicht nur der Großgrundbesitz, sondern

auch schon die Großbauern auf die Verwendung ausländischer Arbeiter angewiesen.

sind. Hier müssen also die Maßnahmen getroffen werden, Grund und Boden müssen in ihrer Verteilung dem Bedürfnis angepaßt werden. Die guten Geschäfte, die die Händler machen, beweisen ja, daß ein großer Unterschied zwischen der Tätigkeit der Händler und der Genossenschaften besteht. Der Händler nimmt nur das Interesse des Verkäufers wahr, die Genossenschaften aber werden die Interessen des Käufers auch im Auge behalten. Mit dem Standpunkt: die richtige Mischung muß vorhanden sein, wird den gemeinnützigen Genossenschaften eine große Schwierigkeit bereitet.

Wir hoffen, daß Preußen bald dem bayerischen Beispiel nachfolgt,

dann aber den gemeinnützigen Rassen einen größeren Spielraum für ihre Wirklichkeit lassen wird. Wenn nicht vor hundert Jahren die Generalkommissionen mit so großer Machtvollkommenheit ausgestattet worden wären, so daß sie vollkommen unabhängig von lokalen wirtschaftlichen Interessen waren, so hätten sie das, was sie für die Bauern erreicht haben, nicht durchführen können. (Lebhafte Zustimmung.)

Bauerngutsbesitzer Anlauf-Oberhof: Die Vorredner haben von der Parzellierung der Güter im Osten gesprochen, im Westen aber sieht der Staat zu, wie die Güter von den Großgrundbesitzern aufgekauft werden.

Rechtsanwalt Dr. Reinke, Syndikus des Westfälischen Verbandes: Wir in Westfalen stehen dem neuen preußischen Grundteilungsgesetz skeptisch gegenüber, namentlich richten sich unsere Bedenken gegen das Vorkaufsrecht des Staates. Die Provinz Westfalen ist stets bemüht gewesen, der Güterzerrümmerung entgegenzuwirken. Ich erinnere an die Anerbungsgesetze.

Wir wünschen jetzt auch, daß das Videlkommisgesetz auf bürgerliche Weise ausgedehnt werde.

Es ist kein Zweifel, daß es eine Aufgabe des Staates ist, ungeheure Güterzerrümmerung und Preisstreberei entgegenzuwirken. Der preußische Gesetzentwurf will auch für die Teilveräußerungen die Genehmigung eingeführt sehen. Darin erblicken wir eine Beschränkung des Privateigentums. Der Gesetzentwurf wirft alles in einen Topf: reelle und unreelle Güterverkäufe. In Westfalen haben wir die Auktionsatoren, die dem geschäftsunfertigen Landwirt an die Hand geben. Schwere Bedenken aber haben wir gegen das Rückerstattungs- und Vorkaufsrecht. (Der Vorsitzende macht den Redner darauf aufmerksam, daß hier nicht das preußische Grundteilungsgesetz zur Beprüfung steht, sondern die Aufgaben der Genossenschaften.) — Dr. Reinke (fortfahren): Unsere Bedenken gehen dahin, ob die Aufgabe, um die es sich hier handelt, nicht über den Rahmen der Aufgaben der Genossenschaften hinausgeht, und es ist auch zu bedenken, daß überall dort, wo der Kreis der Relektanten sich vermindert, natürlich auch eine Rückwirkung auf den Wert und Preis des Grundes und Bodens eintreten kann.

Der Antrag des Referenten wird einstimmig angenommen.

Der nächste Vortrag betrifft die

#### Verstärkte Heranziehung der ländlichen Arbeiter zu den ländlichen Genossenschaftsorganisationen.

Berichterstatter ist der Dezerent im Kgl. Landeskonservatorium Dr. Asmis in Berlin. Er unterbreitet folgenden Antrag: Der Aufgabe des ländlichen Genossenschaftswesens, allen Teilen der ländlichen Bevölkerung die Vorteile des Zusammenschlusses zu gemeinsamer Arbeit zuteil werden zu lassen und zwischen den verschiedenen Bevölkerungsklassen die sozialen Gegensätze zu überdrücken, entspricht es, daß auch die Landarbeiter nach Möglichkeit zu den Genossenschaften herangezogen werden. In erster Linie können die auf eigenem oder gepachtetem Lande ansässigen und die mit reichlicher Naturlösung ausgestatteten Arbeiter die Einrichtungen der Genossenschaften für ihre Eigenwirtschaft unmittelbar in Anspruch nehmen und sich dadurch die wirtschaftlichen Vorteile des genossenschaftlichen Zusammenschlusses zunutzen machen (Spar- und Darlehnsklassen, Eins- und Verkaufsvereine, Viehzucht-, Viehweide-, Viehverwertungs-, Molkerei-, Kriegervertragsgenossenschaften u. a.).

Aber auch Arbeiter ohne Land können von den Einrichtungen mancher Genossenschaften mit großem Nutzen Gebrauch machen (z. B. Spar- und Darlehnsklassen, Eins- und Verkaufsvereine, Baugenossenschaften). Die Teilnahme der Arbeiter an dem ländlichen Genossenschaftsleben in seinem geistigen und bethriebeenden Teil und die eigene Mitarbeit für die Interessen des ganzen Berufsstandes schlägt ferner eine soziale und kulturelle Hebung des ganzen Landarbeiterstandes von großer Tragweite in sich und tragt dazu bei, den Arbeitern das Leben auf dem Lande wieder beigebringen zu machen, und so der für die Volksgesamtheit verhängnisvollen Flucht, Einheit zu tun. Die starke Beteiligung der Landarbeiter an den ländlichen Genossenschaften liegt also sowohl im Interesse der Arbeiter, als auch der Genossenschaften, sowie im Interesse der Allgemeinheit. Die ländlichen Genossenschaften sind zwar schon bisher den Arbeitern im allgemeinen zugänglicher gewesen, aber vielfach haben die Arbeiter hieron nicht den erwünschten Gebrauch gemacht. Der Deutsche landwirtschaftliche Genossenschaftstag empfiehlt deshalb allen bürgerlichen Genossenschaften, in Zukunft noch mehr als bisher bei ihren Einrichtungen nach Möglichkeit auch auf die besonderen Bedürfnisse der Landarbeiter Bedacht zu nehmen, und diese nicht nur als anhausende Benutzer dieser Einrichtungen, sondern unmittelbar als Mitglieder und Mitarbeiter zu den Genossenschaften heranzuziehen. Dr. Asmis führt hierzu aus: Die Landarbeiterfrage hat sich zu einer volkswirtschaftlichen und nationalen Frage ausgewachsen. Es ist notwendig, daß eine breite deutsche Arbeiterfront auf dem Lande lebt und die Kinder in jüngerer Lust aufzieht. Wer können diesen Quell der Volkskraft nicht entbehren, ihn so stark wie möglich zu erhalten, ist eine große nationale Pflicht. Gegenüber mancherlei Äußerungen in den Parlamenten bemerkt der Redner, daß wir allein mit der Sezhaftmachung nicht auskommen, beweist die Tatsache, daß die Sezhaftmachung in verschiedenen Gegenden ihre Grenzen hat und zu langsam fortbreiten. Es müssen daher andere Maßnahmen getroffen werden, welche den Arbeitern den Aufenthalt auf dem Lande angenehm machen und ihre wirtschaftliche Lage stärken. Der Zusammenschluß der Landwirtschaft in großen Organisationen hat sich segensreich erwiesen und ihm ist der enorme Aufschwung unserer deutschen Landwirtschaft zu einem großen Teil zu verdanken. Daher liegt der Gedanke nahe, die Arbeiter auch teilnehmen zu lassen am Sieden dieser Organisationen und für ihre Mitarbeit in dieser Beziehung kommt in erster Reihe das Genossenschaftswesen in Frage. Wir brauchen nicht die Frage dazu stellen, ob die Arbeiter zu den landwirtschaftlichen Genossenschaften herangezogen werden sollen, die ist längst beantwortet, nur nach dem Wie ist zu fragen, wie sie herangezogen werden sollen, damit sie teilnehmen an dem Blühen und Gedeihen der Genossenschaften. Es fragt sich nun, welche Arbeiter in Betracht kommen. Da muß man mit dem Vorurteil brechen, daß die Mitglieder bei den Genossenschaften an einem gewissen Mindestbesitz gebunden sein soll. Vor allen Dingen wäre zu empfehlen, den Spar- und Darlehnsklassen die Ersparnisse der Arbeiter, die sie heute schwer unterbringen können, auszuführen. Auch könnten die Spar- und Darlehnsklassen nach der Richtung wirken, daß sie die Ersparnisse der ausländischen Arbeiter, die heute in meistens nicht sehr einfacher Weise ihr Geld über die Grenze schicken — es sind das jährlich etwa 100 Millionen Mark — ihren Zwecken ausbar macht. Grundsätzlich darf von den Genossenschaften kein deutscher Arbeiter, der sich ehrlich auf dem Boden des genossenschaftlichen Gedankens stellt, ausgeschlossen sein. Es sind außerordentlich Summen, die aus den Sparpfennigen und Spargrößen der Arbeiter schon heute in den Spar- und Darlehnsklassen zusammenkommen. Verschiedene Kassen gewähren den Arbeitern auch unbedenklich Darlehen von 100 und 150 Mark. Diese Darlehen dienen ihnen zur Verbesserung ihrer Wirtschaft und ihrer Häuser, zum Aufbau von Heu, Futtermitteln usw. Alle Kassen, die das eingeführt haben, stimmen darin überein, daß in der Zuberlässigkeit der Rückzahlung diese kleinen Leute sich von niemanden überbieten lassen. Sehr wesentlich ist auch die Beteiligung der Arbeiter am gemeinschaftlichen Einkauf. Der Zentralverband der deutschen Konsumvereine (der sozialdemokratischen) konnte den gemeinschaftlichen Umsatz von 176 auf 674 Millionen Mark in einem Jahre steigern.

Es ist hier nicht am Platze, zu erwägen, ob die Ausdehnung der Konsumvereinsbewegung auf das Land volkswirtschaftlich von Nutzen oder schädlich wäre, weil nämlich das Kleingewerbe davon sehr hart betroffen würde. In Mecklenburg ist der Verzicht gemacht worden, Arbeiter zum gemeinschaftlichen Bezug von Waren heranzuziehen. Wenn die Konsumvereinsbewegung auf dem Lande mehr Boden fassen soll, so ist es kein Zweifel, daß es besser ist, wenn die Arbeiter ihren Anschluß an die Spar- und Darlehnsklassen finden, wie wenn sie an der sozialdemokratischen Konsumvereinsbewegung teilnehmen. In Pommern sind Arbeiter schon vielfach an Viehverwertungsgenossenschaften beteiligt, und es hat sich ergeben, daß die Arbeiter beim Verkauf ihrer Schweine durch die Genossenschaft bessere Preise wie beim Händler erzielen. Auch in Hannover sind die Arbeiter hieran besonders stark beteiligt. Interessant ist die Beteiligung von Arbeitern an Molkereigenossenschaften. Hierfür kommen 537 Genossenschaften in Betracht. In der Mehrzahl der Fälle sind die Ar-

beiter nicht Mitglieder, sondern Lieferanten, überwiegend handelt es sich um ansäßige Arbeiter. Wir dürfen nicht warten, bis der Kläffkampfgeboten von der Stadt auf das Land übergeht, und die Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich als zwei Klassen schroff gegenüberstehen. (Sehr wahr!) Daher müssen wir rechtzeitig eingreifen und die Arbeiter wirtschaftlich zu helfen suchen, indem wir sie teilnehmen lassen an den wirtschaftlichen Vorteilen der landwirtschaftlichen Organisationen. Wir müssen in ihnen das Gefühl erwecken, daß sie aus eigener Kraft vorwärts kommen können und ein Teil der Landwirtschaft selbst sind. In erster Reihe können wir das, indem wir sie zur Mitarbeit in den Genossenschaften heranziehen. Tun wir das, so werden wir die soziale Frage auf dem platten Lande auch ohne gefährliche Maßnahmen lösen und den sozialen Frieden dauernd erhalten. Um diese schönen Ziele zu erreichen, bedarf es aber der opferwilligen Mitarbeit aller im Genossenschaftswesen tätigen Männer. (Lebhafte Zustimmung.)

Ökonomierat Johannsen: Im allgemeinen stehe ich durchaus auf dem Standpunkt des Referenten, daß mit allen Mitteln dahin zu streben ist, auch die Arbeiter an den genossenschaftlichen Arbeit teilnehmen zu lassen. Die Arbeiter können heute schon ihre Spareinlagen bei uns unterbringen und unsere Spar- und Darlehnsklassen werden auch in wachsendem Maße von ihnen in Anspruch genommen. Das ist aber nicht das Entscheidende. Heute geben sich unsere Arbeiter nicht mehr damit zufrieden, an dem Nutzen der Genossenschaften teilzunehmen, sondern sie wollen auch in ihnen mitarbeiten und mittragen. Hier beginnen die Schwierigkeiten; dort wo noch Arbeiter sind, die anfänglich und unter patriarchalischen Verhältnissen leben, hat die Mitarbeit keine Schwierigkeiten. Wo aber die Arbeiter — und das ist in der überwiegenden Mehrheit der Fall — hin und herziehen, da erwachsen schwere Bedenken, es besteht die Gefahr, daß die Arbeiter in den Genossenschaften die Mehrheit bekommen und die Leitung in die Hand nehmen. Wer da noch als Besitzer Lust hat, Mitglied einer solchen Genossenschaft zu werden, den kann man mit der Lupe suchen. Darum dürfen wir nicht schematisieren, sondern müssen unter Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse vorgehen. Wir in Hannover haben zahlreiche Arbeitermitglieder, aber es handelt sich dabei lediglich nur um anfängliche Arbeiter, die sich als Kleinbesitzer fühlen. (Sehr richtig!) Diese Leute aufzunehmen, tragen wir keine Bedenken. Sie führen mit der übrigen Landwirtschaft und verlangen gar nicht die Leitung in die Hände zu bekommen. Wir müssen also mit warmem Herzen an die Sache herangehen, aber dabei im Interesse unserer Genossenschaften auch die Schwierigkeiten im Auge behalten. (Lebhafte Zustimmung.)

Ökonomierat Rodecker-Groß-Büro: Die Landwirtschaftskamern und der Bund der Landwirte sind bestrebt, die Arbeiter immer mehr zu den Genossenschaften heranzuziehen und für die Landwirtschaft zu interessieren, und zwar muss das geschehen durch Anschluß an alle bestehenden ländlichen Organisationen, seien es Spar- und Darlehnsklassen, Kriegervereine, Gefangenviere und sonstige Arbeitervereine. Alle Organisationen, die bisher noch auf christlich-nationalen Boden stehen, müssen in den Dienst dieser Aufgabe gestellt werden. Hier ist sein Gebiet, auf dem alle ländlichen Organisationen mit den Genossenschaften zusammen arbeiten können. Bei uns in Schlesien herrschen leider andere Arbeiterverhältnisse als sie der Referent im Auge gehabt hat. Wir haben einen Arbeiterstand, der seinen kleinen Besitz und seine Viehhaltung nicht mehr hat, wodurch der Landarbeiter auf Geheiß und Verderb mit dem ländlichen Besitzer verbunden ist. Für uns gilt es, erst einen treuen, festen Arbeiterstand zu bilden. Mit der flutartigen Arbeiterbevölkerung von heute ist nichts anzufangen. Es gibt noch einen guten Rest, und diesen müssen wir zunächst heranziehen. Diese guten Elemente müssen versuchen, die weniger guten Elemente der Arbeiterschaft zu beeinflussen und wieder zu uns heranzuziehen. Je mehr wir damit der Sozialdemokratie entgegenwirken, desto mehr arbeiten wir im Interesse des Vaterlandes und der Arbeiter selbst, aber auch im eigenen Interesse. (Beifall.)

Verbandsredator Klinger-Hahn - Kgl. Weinberge bei Brog: Bei den deutsch-böhmisches Raiffeisen-Vereinen hatten wir 1913 243 000 Arbeiter als Mitglieder mit 6 Millionen Kronen Spareinlagen, und von den Kindern war eine Million eingezahlt. Mit der Mitgliedschaft dieser Arbeiter, die vielfach auch im sozialdemokratischen Lager standen, haben wir die günstigsten Erfahrungen gemacht. Sie haben sich ein kleines Unwesen geschaffen, und von dem Augenblick, wo die Kassen ihnen ein kleines Darlehen gewähren, haben sie sich als gute Sparer erwiesen und sind aus dem sozialdemokratischen Lager zu uns herübergekommen. (Hört, hört! und Beifall.) Damit haben wir sie wieder national gewonnen, und wer die deutsch-böhmisches Verhältnisse kennt, der weiß, welche große Bedeutung das hat. (Lebhafte Beifall.)

Pastor Bethge-Pustamin empfiehlt, nach sozialdemokratischem Beispiel Kalender zur Werbung herauszugeben.

Bandsdirektor Mayer - Darmstadt hebt hervor, daß man in Hessen außerordentlich gute Erfahrungen mit dem Zusammenarbeiten von Arbeitergenossenschaften und ländlichen Genossenschaften gemacht hat.

Reichsgraf v. Oppersdorff-Oberglogau glaubt, daß die Herausgabe von Kalendern, die heute schon durch die verschiedenen politischen Organisationen erfolgt, den Genossenschaften große Schwierigkeiten bereiten würde. Bei den schlesischen Arbeiternverhältnissen begegnet auch die Heranziehung der Arbeiter zu den Genossenschaften den verschiedensten Hemmungen. Unser Arbeiterstand hat auch andere Bedürfnisse als der kleine Landwirt und der Arbeiter, der einen kleinen Landbesitz oder ein Häuschen hat. Gewarnt muß davor werden, voreilig Schritte zu unternehmen, die einen Einbruch in die uns noch freien Kreise des Mittelstandes bedeuten würden. Wir müssen erst abwarten, ob die Sozialdemokratie bei ihrer vielseitigen Ausbreitung auch einen Einbruch in die Interessen der Kleinhandwerker und Kleinstaufleute auf dem Lande unternehmen wird. Dann wird dem Gedanken eines genossenschaftlichen Zusammenschlusses dieser Mittelstandsexistenzen nähergetreten werden können. Vorläufig wollen wir die Arbeiter lebhaft machen, ihnen die Handbieten, damit sie vorwärts streben können, wir wollen sie königstreu und gottesfürchtig erhalten und darin müssen wir unter möglichstes auch über die Statuten hinaus tun. (Lebhafte Beifall.)

In seinem Schluswort erklärt der Referent Dr. Asmis, sich wohl bewußt zu sein, welche Hemmungen sich in der Praxis noch einstellen werden. Wenn man aber vorwärts kommen sollte, dürfe man nicht von vornherein abwinken, sondern müsse bedenken, daß wenn erst die Sache energisch in die Hand genommen wird, die Schwierigkeiten bei einigermaßen gutem Willen und mit der nötigen Energie überwunden werden. (Lebhafte Zustimmung.) Darauf wurde der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Zum Schlus beschäftigte sich der Genossenschaftstag noch mit der Frage eines einheitlichen Bilanzschemas für ländliche Kreisgenossenschaften und Zentralkassen, worüber Direktor Fischer-Münch referierte. Damit hatte der Genossenschaftstag sein Ende erreicht.

#### 39 Millionen Konfursforderungen.

In dem am Freitag bei dem Amtsgericht Berlin-Mitte abgehaltenen Prüfungstermin im Konfurs des Warenhauses Wolff in Berlin G. m. b. H. wurde mitgeteilt, daß die angemeldeten Vorrechtsforderungen 213 000 M., die angemeldeten nicht vorrechtsförderungen rund 39 Millionen Mark betragen. Unter diesen vorrechtsförderungen befinden sich 17 Mill. Mark Forderungen, die Herr Wolff Wolffheim, zurzeit in London, persönlich angemeldet hat, 15 Millionen Mark Forderungen der Handelsvereinigung A.-G., 398 000 Mark Forderungen der Deutschen Palästina-Bank und 804 000 M. Forderungen der Berliner Elektrizitäts-Werke. Ein großer Teil der Forderungen wird beschränkt. Der Verwalter be-

tont, daß sich gewisse Leute den Umfang des Konfurs glaubten zu machen zu können, indem sie Forderungen anmeldeten, die auch der geringsten Berechtigung entbehrten. Die Anzahl der Gläubiger beträgt etwa 3000. In der Aussprache wurde erwähnt, daß man schon im Jahre 1911 und später wieder im Dezember 1913 mit der Frage des Konfurs „gespielt“ habe. Den nicht bevorrechtigten Gläubigern kann eine Dividende einsteuern nicht in Aussicht gestellt werden. Neuer Prüfungstermin wurde auf den 23. September anberaumt.

#### Bur Tagessgeschichte.

##### Keine neue Flottenvorlage.

Gegenüber der in mehreren Blättern aufrecht erhaltenen Behauptung, im kommenden Winter sei eine neue Flottenvorlage zu erwarten, erfährt die amtliche „Leipziger Zeitung“ von zuständiger Stelle, daß hieron keine Rede ist. Höchstens könne es sich um die vom Staatssekretär des Reichsmarineamts bereits im letzten Winter im Reichstag als wünschenswert bezeichnete Erhöhung der Mannschaftsstärke handeln, die namentlich zur Vermehrung der Zahl der im Auslande tätigen Schiffe dienen soll. Diese Maßnahme würde sich aber völlig im Rahmen des Flottengesetzes halten, so daß von einer neuen Flottenvorlage durchaus keine Rede sein kann.

##### Wahlen in Dänemark.

Bei den dänischen Landtagswahlen am Freitag wurden 20 Rechtsstehende, 5 Freikonservative, 20 Linkstehende, 5 Radikale und 4 Sozialisten gewählt. Die Rechte verliert 5 Sitze. Von den 12 vom Könige ernannten Mitgliedern sind 9 Anhänger der Regierungsvorlage betreffend die Verfassungsänderung, sodass der neue Landsting aus 38 Anhängern und 28 Gegnern dieser Vorlage besteht. Der aufgelöste Landsting zählte 33 Anhänger und 33 Gegner dieser Vorlage.

##### Der Berliner serbische Studentenverein.

Die drei Vorsitzenden des serbischen Vereins, die vor einigen Tagen von der Polizei festgenommen wurden, sind, wie das „Hirsch'sche Telegraphen-Bureau“ von informierter Seite erfährt, sofort wieder in Freiheit gesetzt worden, so dass es sichlich ist, daß es sich um keine Verhaftung, sondern um eine Sichtierung handelt. Der Verein hat auch keinerlei politische Zwecke verfolgt, es handelt sich anscheinend um wissenschaftliche und gesellschaftliche Ziele. Die beschlagnahmten Papiere sind zum großen Teile dem Verein wieder ausgehändigt worden, es sind nur noch einige in serbischer Sprache gehaltene Druckschriften und Manuskripte zurückgehalten worden, die noch erst übersetzt werden sollen. Den sistiert gewesenen serbischen Studenten ist Freiheit gelassen worden, ob sie in Berlin bleiben oder abreisen wollen, so dass man damit rechnen muß, daß die Behörden keinerlei Maßregeln gegen den Verein und seine Angehörigen zu ergreifen gedenken.

##### Der französische Senat und die Postbeamten.

Die Finanzkommission des französischen Senats hat soeben eine bedeutungsvolle Entscheidung getroffen. Mit 18 gegen eine Stimme hat sie abermals, trotz des Einspruchs des Ministers Thomison, die Kredite abgelehnt, die für den Wohnungsgeldzuschuss für die unteren Postbeamten erforderlich sind.

Die erste Ablehnung dieser Kredite durch die Kommission und den Senat hatte bekanntlich zu der Arbeitseinstellung beim Pariser Hauptpostamt geführt.

#### Deutsches Reich.

\* Prinz und Prinzessin Eitel-Friedrich verließen am Freitag Wilhelmshöhe, um auf der Ostsee mehrjährige Kreuzfahrten auf der Segelyacht „Iduna“ zu unternehmen.

\*\* Prinzessin Irene von Preußen, die Gemahlin des Prinzen Heinrich, wird am Sonnabend, 11. Juli 48 Jahre alt. Die Prinzessin ist bekanntlich eine Schwester des Großherzogs von Hessen.

\*\* Todesfall. In Bregenz ist nach langer schwerer Krankheit im Alter von 67 Jahren Prinz Gustav von Thurn und Taxis gestorben. Der Verstorbene, ein Sohn des Fürsten Maximilian und dessen Gemahlin, geb. Prinzessin von Döttingen-Spielberg, war seit 1877 mit Prinzessin Karoline, Prinzessin von Thurn und Taxis, Schwester des Prinzen Alexander auf Lautschin in Böhmen, verheiratet.

\*\* Reichstagsabgeordneter Graf Westarp spricht über „Die demokratisierenden Tendenzen im öffentlichen Leben der Gegenwart und die Verfassung des Deutschen Reiches“ in einem vom Verein Deutscher Studenten zu Berlin am Montag, 13. Juli, abends 8½ Uhr, im Restaurant Tiergarten (Bahnhof Tiergarten) veranstalteten öffentlichen, akademischen Vortragabend.

##### Parlamentarische Nachrichten.

\*\* Fischereigenossenschaften. Die 16. Kommission des Abgeordnetenhaus zur Vorbereitung des Fischereigesetzes erledigt am Mittwoch die allgemeinen Vorschriften über die Fischereigenossenschaften. Bei dem grundlegenden § 30 entpannen sich eine ausgebundene Erörterung. Ein von einzelnen Vertretern der Konseriativen, Freikonservativen, Nationalliberalen und des Zentrums gestellter Antrag in Verbindung mit einem von den Berichterstattern gestellten Antrag gestaltet den § 30 wie folgt: „Mehrere in einem offenen Gewässer oder in Zusammenhang mit offenem Gewässer zur Fischerei Berechtigte können sich einer Genossenschaft vereinigt werden.“ 1. behufs geregelter Ausführung und gemeinschaftlicher Maßnahmen zum Schutz des Fischbestandes (Schutzgenossenschaften). 2. behufs gemeinschaftlicher Bewirtschaftung und Nutzung der Fischgewässer (Wirtschaftsgenossenschaften). Gemeinschaftliche Fischereibezirke (§ 77) können als solche in eine Genossenschaft einzubezogen werden. Selbständige Fischereibezirke (§ 80) können nur mit Zustimmung des Berechtigten in eine Wirtschaftsgenossenschaft (Abs. 1 Ziff. 2) eingebettet werden. Diese Zustimmung kann durch Beschluss des Bezirkshauses erzielt werden, wenn der Ausdruck des selbständigen Fischereibezirkes mit einer wirtschaftlichen Fischereinigung des betreffenden Gewässers unvereinbar ist. Die §§ 80 bis 83 finden in diesem Falle keine Anwendung.“

— In § 44 wurde das dort vorgesehene Recht der Genossenschaften, in den Wasserläufen, die im Eigentum der Mitglieder stehen, und auf deren Ufergrundstücken die auf Erfüllung des Genossenschaftszweckes erforderlichen Anlagen herzustellen und zu erhalten, dahin eingehärrt, daß es nicht gelten soll in den Abweigungen von Wasserläufen, die sich mit dem Hauptwasserlauf wieder vereinigen, sowie auf den nach § 14 vom Uferbetriebrecht ausgeschlossenen Grundstücken. — § 51 wonach gegen die Anordnungen des Vorstandes und seines Vorstandes und gegen dieandrohung eines Zwangsmittels die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde und gegen deren Bescheid die

weitere Beschwerde an die höhere Aufsichtsbehörde zulässig ist, wurde in Anlehnung an § 228 des Wassergerichtes durch die Befreiung der Klage an das Oberverwaltungsgericht unter den in dem genannten Gefesse vorgesehenen Umständen ergänzt. — § 54, wonach die Aufsichtsbehörde befugt ist, Mitglieder des Vorstandes, die sich einer groben Pflichtverletzung schuldig machen ihres Amtes zu entsezen, erhielt den Zusatz, daß auf Amtsenthebung lautende Verfügung binnen zwei Wochen durch Klage beim Oberverwaltungsgericht angefochten werden kann. — Eingeschoben wurde am Schluß der Allgemeinen Vorschriften ein neuer § 56a, wonach Schadensersatz ansprüche gegen den Verpächter dem Pächter aus der Bildung von Genossenschaften nicht erwachsen sollen.

### Heer und Flotte.

\*\* Ein neuer Offizierstornister wird durch Allerhöchste Regierung eingesetzt. Die Offizierstornister bisheriger Probe können noch bis zum 1. Oktober 1922 getragen werden. Im Modellmachungsfall ist ausnahmsweise die Verwendung von Mannschaftstornistern aus verfügbaren Truppenbeständen zulässig.

### Rumäniens.

\* Eine rumänische Ehrengarde des Zaren. Eine Abordnung des rumänischen Infanterie-Regiments in Rosseri, dessen Inhaber der Kaiser von Russland ist, wird sich am 17. Juli nach Petersburg begeben, um dem Kaiser die Uniform des Regiments zu überreichen.

### Lokal- und Provinzialzeitung.

Posen, den 11. Juli.

**Auszeichnung für Verdienst um die Pferdezucht.**  
Dem Rittergutsbesitzer von Modlibowski in Kromolice, Kr. Koszmin, dem Rittergutsbesitzer von Czarnecki in Dobrzecza, Kreis Kratochin, dem Rittergutsbesitzer von Brodowski in Psary, Kreis Ostrowo, und dem Rittergutsbesitzer und Landwirtschaftsrat von Gersdorff in Kirchenpopowo, Kreis Wongrowitz, ist die in Silber ausgeprägte Medaille für Verdienst um die Pferdezucht verliehen worden.

### Lehrgang der Landwirtschaftskammer für Forstbeamte.

Vom 27. bis 31. d. Mts. findet ein Lehrgang für Forstbeamte in Birnbaum statt. Es werden hierbei in Form von Vorträgen über Waldbau, Forstschatz, Forstaufzüchtung, praktischen Beispielen, in einigen der Forstabteilung unterstellten Reihen, die in der Provinz Posen mit den einschlägigen Holzarten gemachten Erfahrungen vorgetragen. Es wird außerdem eine Anzahl der neuzeitlichen Geräte, zumal Blätter und Rodemaschinen, vorgeführt und eine Sprengung mit Komposit vorgenommen. Gleichzeitig finden Vorträge über Wiesenpflege, Obstbau, Geflügelzucht und Jagd statt. Genauer Stundenplan, sowie Bestellung von Logis durch die Forstabteilung der Landwirtschaftskammer. Anmeldungen bis 15. Juli d. J. erbeten.

X Justizpersonalien. Dem Landgerichtspräsidenten, Geh. Oberjustizrat Dau in Elbing ist die kgl. Krone zum Roten Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife verliehen worden. Zum Landgerichtsdirektor ist ernannt der Landgerichtsdirektor Dr. Martini aus Posen in Allenstein. Dem Landgerichtsrat Neumann-Hartmann in Elbing ist der Charakter als Geheimer Justizrat verliehen worden. Zum Landrichter ist ernannt der Gerichtsassessor Eichberg in Thorn. Zu Amtsrichtern sind ernannt die Gerichtsassessoren Rätsch in Kosten, Konrad Möller in Schönlanke und Zwicke in Marienwerder. Zum stellvertretenden Handelsrichter wiederernannt wurde der Kaufmann und Stadtrat Wiedwald in Elbing. Dem Oberstaatsanwalt Stachow in Marienwerder ist der kgl. Kronenorden dritter Klasse verliehen worden. Zum Staatsanwalt ist ernannt der Gerichtsassessor Dalmer in Posen. Der Charakter als Justizrat ist verliehen dem Rechtsanwalt und Notar Dorian in Krone a. Br., dem Rechtsanwalt und Notar Samulon in Graudenz und dem Rechtsanwalt Sternfeld in Danzig. Dem Obersekretär, Rechnungsrat Rudau beim Amtsgericht in Elbing ist der Rote Adlerorden vierter Klasse und dem Ersten Gerichtsdienner Lehmann und dem Gefangenoberaufseher Arndt in Elbing das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

X Erledigte Oberförsterstellen. Die Oberförsterschule Halleberg im Regierungsbezirk Merseburg ist zum 1. November 1914 zu besetzen; Bewerbungen müssen bis zum 25. Juli eingehen.

# Besichtigungsreise des Kreisvereins Posen. Der Landwirtschaftsverein Posen besichtigt gemeinschaftlich am 19. Juli das Rittergut Ahlenhof. Abfahrt Posen 11 Uhr 11 Minuten vormittags.

X Der Wasserstand der Warthe betrug hier heute früh — 0,18 Meter, gegen — 0,16 Meter gestern früh.

\* Gostyn, 9. Juli. Der Kreisobstbauverein hielt auf Einladung des Oberamtmanns Schmidt-Dezlaß auf dessen Domäne am Montag nachmittag eine Versammlung ab, die sehr gut auch von Gästen aus Fraustadt besucht war. Die neuen Satzungen des Provinzialverbandes wurden angenommen. Dann erfolgte eine Besichtigung der 15 Morgen großen Obstplantagen, worauf Lehrer Müller-Striewitz einen Vortrag hielt über Einfluss von Unterlage und Veredlung auf Wachstum und Fruchtbarkeit. Nach freundlicher Bewirtung der Gäste im schattigen Garten schloß Hauptmann Knönnagel die Sitzung mit einem Hoch auf den Gastgeber.

\* Adelnau, 7. Juli. Auf Einladung des hiesigen Magistrats fand gestern im Vereinshause eine Versammlung von Interessenten zur Gründung einer landwirtschaftlichen Kartoffelfabrik statt. Es wurde beschlossen, die Fabrik erst dann zu bauen, wenn die dauernde Lieferung von mindestens 40000 Zentnern Kartoffeln gewährleistet ist. Der Geschäftsanteil beträgt 50 M., die Haftsumme 300 M. Für einen Anteil können 100 Zentner Kartoffeln getrocknet werden. Das Unternehmen ist als Genossenschaft m. b. H. gedacht. Vorsitzender des Vorstandes ist fürstlicher Domänenpächter Joost in Uciechow, Kr. Adelnau, Vorsitzender des Amtsrats Bürgermeister Majurkiewicz-Welnow.

c. Rogasen, 10. Juli. In der am Mittwoch abgehaltenen Stadtverordnetenversammlung erstattete Justizrat Hahn Bericht über eine im Interesse der Stadt ausgeführte Reise. Zur weiteren Bearbeitung dieser Angelegenheit wurde eine Kommission gewählt, außerdem soll ein Magistratsmitglied dieser Kommission ebenfalls angehören. Sodann wurde nach eingehender Debatte die Errichtung einer Warmwasserheizungsanlage im Rathause mit 10 gegen 4 Stimmen, mit der Plätsche beschlossen, daß die Gesamtkosten 2300 M. nicht überschreiten dürfen. Darauf wurde die Errichtung weiterer Schranken auf dem Raummarkt beschlossen. Nach Schluß der Versammlung verabschiedete sich Gutsbesitzer O. Glogzin, welcher Rogasen verläßt. Er war seit Juni 1912 Stadtverordneter.

np. Hohenfelza, 10. Juli. Von einem Bau stürzte der Arbeiter Wozarek. Schwerverletzt wurde er ins Krankenhaus geschafft, wo er hoffnungslos darmlebte.

\* Frankfurt a. O., 10. Juli. Eine neue Moritat im Gebiet der Kreise wird aus Fürstenwalde berichtet. Das Dienstmädchen Anna Lampert aus Abensfelde bei Fürstenwalde wurde seit

Montag vermisst. Man glaubte bisher, daß Mädchen sei zu seinem Liebhaber nach Berlin gegangen. Gestern abend fand man die Lampert ermordet in einem Dorfsteiche bei Wilmersdorf im Kreise Lebus auf. Der Täter ist, wie verlautet, in der Person eines Bäcker gesellen G. aus Heinersdorf, Kreis Lebus bestreift verhaftet.

□ Neurode, 11. Juli. (Privattelegramm.) In der Nacht zum Donnerstag hat sich in der Ortschaft Luisenhain bei Ebersdorf im hiesigen Kreise eine furchtbare Bluttat ereignet. Die anscheinend etwas geistesgestörte, ledige, 28jährige 28jährige Anna Linke war fränklich, weshalb ihr 25jähriger Bruder Franz die Nacht bei ihr im Zimmer verbrachte, um im Bedarfssalle Hilfe leisten zu können. Als sie nun erwachte, glaubte sie, einen fremden Mann im Zimmer zu sehen, wollte sich dieses Mannes erwehren, fiel mit der Axt über ihren schlafenden Bruder her und erschlug ihn. Die Töterin wurde in Haft genommen.

\* Königsberg i. Pr., 10. Juli. Der Magistrats-Bureau-Assistent Bruno Freytag hat sich aus Lebensüberdrüß erstickt.

### Das serbische Konkordat mit der Kurie.

Bien, 10. Juli. Zum Gegenstand des von Serbien mit der Kurie abgeschlossenen Konkordats erschließt das "Fremdenblatt" mit Bezug auf die Zeitungsmeldung von der Bewilligung der altserbischen Liturgie, daß sich der Papst vorbehalten habe, das Privilegium der Glagolica als ein lokales Privilegium einzelnen Pfarrern zu verleihen, bei denen die notwendige ethnographische Voraussetzung zutrifft.

### Der Dreiverband und die serbischen Fürstenmörder.

Bien, 10. Juli. Wie das "Neue Wiener Tageblatt" von unterrichteter Seite erfährt, bestätigt sich die Nachricht, daß die Mächte der Triple-Entente durch ihre Belgrader Gesandten bei der serbischen Regierung einen freundsaftlichen Schritt unternommen werden, um auf die Notwendigkeit geeigneter Maßnahmen gegen anarchistische Elemente zu verweisen. Der Schritt Triple-Entente dürfte unmittelbar bevorstehen. Man habe Grund zu der Annahme, daß die Gesandten der Triple-Entente in Belgrad ihren freundsaftlichen Rat auch in dem Sinne angeben werden, daß Serbien durch seine Maßnahmen zur Verhügung Österreich-Ungarns beitragen möge.

### Plötzlicher Tod des russischen Gesandten v. Hartwig.

Belgrad, 11. Juli. Heute abend um 9 Uhr erschien der russische Gesandte v. Hartwig beim österreichisch-ungarischen Gesandten, Thron. v. Giesl, um ihm einen Besuch abzustatten. Während der Unterhaltung wurde v. Hartwig plötzlich von einem Unwohlsein befallen und starb nach wenigen Minuten, trotzdem ärztliche Hilfe sofort zur Stelle war. Die Leiche wurde in die russische Gesandtschaft übergeführt. — Später werden noch folgende Einzelheiten gemeldet:

Während der Unterhaltung griff v. Hartwig plötzlich mit der Hand gegen das Herz, bungte den Kopf und fiel vom Sofa auf den Fußboden. Freiherr v. Giesl sprang sofort hinzu und hob ihn auf das Sofa. Nach 5 Minuten war der erste Arzt zur Stelle. Gleich nach dessen Eintreffen gab Hartwig seinen Geist auf. Die beiden anderen Ärzte, die kurze Zeit später erschienen, konnten nur noch den Eintritt des Todes infolge Herzschlags feststellen. Inzwischen war auch die Tochter des Gesandten in der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft eingetroffen, doch fand sie ihren Vater schon als Leiche vor.

### Ein Doppelflug über den Kanal.

Paris, 11. Juli. Der deutsche Flieger Hirth und der französische Flieger Garros siegeln gestern früh auf Morane-Eindern zum Fluge nach London auf. Hirth traf in Calais um 6.35 Uhr ein, Garros 10 Minuten später. Beide überflogen am Vormittag gemeinsam den Ärmelkanal.

### Das Misstrauen der Ulsterrebellen gegen das Ministerium Asquith.

London, 10. Juli. Die Versammlung der provisorischen Regierung von Ulster hat eine Resolution angenommen, in der erklärt wird, daß das Misstrauen gegen die bona fides der Regierung sie zwingt, in ihren Vorbereitungen zum Widerstand gegen die Auflösung eines Homerule-Parlaments auf Ulster fortzufahren.

### Handel, Gewerbe und Verkehr.

= Die Plauener Baumwollspinnerei A.-G. hat infolge Mangels an Kapital ihren Betrieb eingestellt. Viele Arbeiter sind dadurch brotlos geworden. Die Gesellschaft beruft auf den 21. Juli eine außerordentliche Hauptversammlung ein mit der Tagesordnung: Aufhebung der Beschlüsse der Hauptversammlung am 23. Mai (Sanierung des Unternehmens durch Ausgabe der vom Aufsichtsrat geforderten Ausgabe von 500 000 M. neuer Aktien), Herabziehung des Grundkapitals von 2½ Millionen auf 900 000 M. Durch Zusammenlegung der Aktien im Verhältnis von 5 zu 2 und Wiedererhöhung des Grundkapitals, durch Ausgabe neuer Vorzugsaktien in Höhe von mindestens 500 000 M.

### Zuckerberichte.

Hamburg, 10. Juli, nachm. 2.10 Uhr. Rüben-Rohzucker 1. Prod. Basis 88%, Rendement neue Niance frei an Bord Hamburg für 50 Kilogr. für Juli 9.27½, für August 9.40, für September 9.45, für Oktober-Dez. 9.47½, für Januar-März 9.62½, für Mai 9.77½. Steigt.

Hamburg, 10. Juli, abends 6 Uhr. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 Prozent Rendement neue Niance frei an Bord Hamburg für 50 Kilogr. für Juli 9.27½, für August 9.42½, für September 9.50, für Oktober-Dezember 9.50, für Januar-März 9.67½ für Mai 9.78½. Steigt.

Paris, 10. Juli. (Schluß.) Rohzucker ruhig, 88% neue Rendition 31½ a 30%. Weißer Zucker steigt Nr. 3 für 100 Kilogr. für Juli 34, für August 34½, für Oktober-Januar 32½ für Januar-April 32½.

Berlin, 11. Juli. Wetter: Schön.

New York, 10. Juli. Tendenz: matt. Canadian Pacific-Aktien 189/8, Baltimore und Ohio 90.75, United States Steel Corporation 61½.

New York, 10. Juli. Weizen für Juli 89%, für September 86½, für Dezember 89%.

Köln, 10. Juli. Rübbi loko —, für Oktober 70.00. — Wetter: Schön.

Hamburg, 10. Juli, nachmittags 2 Uhr. Getreidemarkt. Weizen ruhig. Wedelburg und Ostholtsteinischer 205—208.00. Roggen matt. Wedelburger und Altm. neuer 170.00, ruhig, cfr. 9 Bud 10/15 Juli-August 124.00. Gerste stetig, südruss. cfr. Juli 120.50. Hafer stetig, neuer Holz u. Wedelbg. 168—173. Mais fest. Amerikanischer Mais fest, cfr. Juli —. La Plata cfr. für Juli-August 108.50. Rübbi ruhig, verzollt 67.50. Leinöl ruhig, loko 53.00, für September-Dez. 56.00. — Wetter: Schön.

Hamburg, 10. Juli, nachm. 2.30 Uhr. Kaffeemarkt. Good average Santos für September 48.00 Gd., für Dezember 49.00 Gd., für März 49.50 Gd., für Mai 50.00 Gd. Ruhig.

Hamburg, 10. Juli, abends 6 Uhr. Kaffeemarkt. Good average Santos für September 48.00 Gd., für Dezember 49.00 Gd., für März 49.50 Gd., für Mai 50.00 Gd. Ruhig.

Ofen-Pekt. 10. Juli, vorm. 11 Uhr. (Getreidemarkt.) Weizen fest, für Oktober 12.80, für April 13.00. Roggen für Ost. 9.28. Hafer für Oktober 7.64. Mais für Juli 7.27, für August 7.36, für Mai 7.14. Kohlraps für August 15.50. — Wetter: Bewölkt.

### Telegraphische Fondurte.

Breslau, 10. Juli. (Schluß-Kurse.) 34½ prozent. Schlesische Pfandbriefe Lt. A. 87.80, 4proz. Poln. Pfandbriefe (4proz. Couponsteuer) 79.75. Bresl. Diskontobank-Akt. —, Schles. Bank-Aktien 150.75, Archimedes-Aktien 123.25, Bresl. Sprit-Akt.-Gef.-Akt. 430.00, Cellulose-Fabrik Feldmühle-Aktien 152.50, Donnersmarchhütte-Aktien 325.00, Eisenhütte Silesia Akt.-Gef.-Aktien 116.00, Hohenlohe-Werke Akt.-Gef.-Aktien 105.00, Kattowitz Bergbau-Aktien 211.00, Königs- und Laurahütte-Aktien 145.50, Niederschles. Elektro- und Kleinbahnen-Aktien 152.00, Oberschles. Eisenbahnbetriebs-Akt. 86.00, Oberschles. Chem. Fabr.-Aktien 217.00, Oberschles. Portland-Zement-Akt. 155.25, Oppelner Cement (Grundmann) Akt. 148.00, Portland-Zement (Giebel) Akt. 153.00, Schles. Elektro- und Gas Lt. A. Akt. 183.00, Schles. Elektro- u. Gas Lt. B. Akt. 179.00, Schles. Eisenindustrie Stramitz Akt. 116.00, Schles. Zement (Großjowitz) Akt. 156.00, Schles. Zinkhütten-Aktien 345.00, Silesia Verein chem. Fabrik-Aktien 169.75, Verein Freiburger Uhrenfabriken 125.00, Zdunder Zuckeraufzehr-Aktien 140.00, Russische Banknoten 214.00. Schwankend.

Frankfurt a. M., 10. Juli, nachm. 2 Uhr 30 Min. 3prozent.  
 Reichsanleihe 76,30, 3proz. Hessische Staatsrente 74,20, 4proz. Österr. Goldrente 84,90, 4proz. Österr. eink. Rente fond. in Kronen 80,10, 3proz. Port. unif. Anl. 3. Serie 66,30, 3proz. Rumäniener amort. Anl. 03 —, 4proz. Russ. loni. Anl. von 1880 86,80, 4proz. Russ. Anl. 02 89,50, 4prozent. Serbische amort. Rente 95 77,00, 4proz. Türk. fond. unif. Anl. 03 —, Türk. 400-Francs-Losse ult. 160,00, 4prozung. Goldbr. 80,70, 4proz. Ung. Staatsrente in Kronen 79,10, 5proz. Mex. äugetre. Anl. —, Berl. Handelsges. ult. —, Darmstädter Bank ult. 114,50, Deutsche Bank ult. 232,25, Disconto-Kreditbank ult. 181,50, Dresd. Bank ult. 146,00, Mitteld. Kreditbank 115,00, Nationalb. f. Deutschland 107,50, Österr. Kredit ult. 185,00, Reichsb. —, Rhein. Kreditb. 125,40, Schaffh. Bauverein 106,50, Österr. Ung. Staatsb. ult. 143,00, Österr. Südbahn (Comb.) ult. 15<sup>3</sup>/<sub>4</sub>, Ital. Mittelmeer —, Balt. —, Ohio ult. 91,00, Anat. E.-B. ult. —, Prince Henri ult. —, Adlerb. Relever 282,00, Allum. Berlin 280,00, Allg. Elektr.-Gesell. ver. ult. 241,50, Lahmeyer u. Co. —, Schudert ult. 142,75, Alumin.-Industr.-Aktien 259,20, Bad. Anilin u. Sodaefabrik 571,50, Höchster Farben 458,50, Holzverföhl.-Industr. Konstanz 270,50, Mitteldeutsche Gummiwarenfabrik Peter 78,00, Kunsts. Frankf. —, Bochumer Gußstahl ult. 219,00, Gelsen. Bergb. 179,25, Harp. Bergb. 173,25, Westereggeln Alkaliwerk 190,00, Phönix Bergbau ult. 231,50, Laurahütte ult. 144,00, Verein deutscher Ofzabr. 169,50, Primitiviskont 21<sup>3</sup>/<sub>4</sub>, London kurz 20,457, Paris kurz 81,375, Wien kurz 84,70, Hamburger U. P. U. G. 125,90, Norddeutscher Lloyd 110<sup>3</sup>/<sub>4</sub>, Schwach.

Nach Schluß der Börse: Kreditaltien 185,00, Diskonto-Kommandit 181,50. Beruhigter.

Frankfurt a. M., 10. Juli, abends. (Abendbörsse.) (Schluß.)  
 4proz. Türk. unif. Anl. —, Türk. 400-Francs-Lose —, Berliner  
 Handelsges. —, Darmstädter Bank —, Deutsche Bank —,  
 Dresdner Bank —, Diskonto-Kommandit —, Nationalb. für  
 Deutschland —, Österr. Kreditanst. 185,25, Österr.-Ung. Staatsb.  
 143,25, Österr. Südb. (Comb.) 15 $\frac{1}{2}$ , Baltim. Ohio —, Hamb.  
 A.-B. A. & C. 125,75, Nordb. Lloyd 109 $\frac{1}{2}$ , Allg. Elektr.-Ges. 240 $\frac{1}{2}$ ,  
 Schüert 142,50, Bochumer Gußstahl 217,75, Deutsch.-Luxemb. Berg-  
 werk —, Gelsenkirchener Bergv. 178,50, Harpener Bergv. —,  
 Phönix Bergbau 230,75, Laurahütte —, Adlerwerke —.

Schwach. Montanwerte auf Realisationen gedrückt. Geschäft aber ruhig.

aber ruhig.  
Dirkoppwerke 282, Badische Anilin 568,60, Gold- und Silber-  
scheideanstalt 560.

Nachbörse: Phönix Bergbau 2311/8, Edison 240,25.

Verlag der Deutschen Börse

Türkischen Tabakgesellschaft und der Orientbahnen, die bei Börsenbeginn um je 4 Prozent zurückwichen. Als im Verlaufe der Börse Wien weiter rückgängige Kurse sandte und gleichzeitig auch aus dem heutigen Londoner Effektenverkehr schwache Tendenzen — Kanadaaktien bis  $1\frac{1}{4}$  Prozent unter Newyorker Parität gemeldet wurde, fiel der hiesige Markt einer ausgesprochenen Ermüttung anheim, die die Kurie auf der ganzen Linie weiter zurückwarf. Gegen halb zwei Uhr stellten sich Phönixaktien bereits um 3 Prozent und die Aktien der Orientbahnen um sechs Prozent unter der gestrigen Drei-Uhr-Notierung. In der dritten Börsenstunde griff dann eine Befestigung platz, wobei momentlich die Aktien der Caro-Hegenbeidi-Gesellschaft die zeitweise gleichfalls stärker im Kurse gewichen waren, wieder anzu ziehen vermochten.

Am Eisenindustriemarkt war die Tendenz heute im Einklang mit der Verfassung der Ultimomärkte überwiegend abgeschwächt. Niedriger waren insbesondere die Aktien von Maschinen-, Werkzeugmaschinen-, Fahrrad- und Metallfabriken. Ferner trat Angebot in den Aktien der Chemischen, insbesondere der Farbenfabriken, hervor; auch die Aktien von Porzellanfabriken waren zumeist niedriger, trotzdem von verschiedenen Unternehmungen der Industrie erklärt worden ist, daß die allgemeine Lage des Porzellangewerbes nicht ungünstig sei. Die Aktien der Porzellanfabrik Kahla gaben um 5% Prozent, die der Porzellanfabrik Triptis um 4 Prozent, die Aktien der Porzellanfabrik Schönwald um 2½ Prozent und die der Porzellanfabrik Königszelt um 3½ Prozent nach. Bei den Aktien der letzteren Gesellschaft kommt in Betracht, daß bei der Porzellanfabrik Lorenz Hüttenreuter, von deren Kapital die Königszelt-Ges. einen erheblichen Teil besitzt, möglicherweise mit einer kleinen Reduktion der Dividende zu rechnen ist. Von Montanwerken waren die Aktien von Steinkohlen- und Braunkohlenwerken teilweise wesentlich niedriger. Die Aktien der Königsborn-Ges. gaben um mehrere Prozent nach, da im Zusammenhang mit den ermäßigten Kohlen- und Röhrspreisen ein schlechterer Quartalsausweis erwartet wird. Die Aktien der Wittener Stahlröhrenwerke gaben um 6½ Prozent, die der Mannesmann-Röhrenwerke um 3½ Prozent nach auf die Verlängerung der Röhrensyndikatsverhandlungen hin, die mit einer Aufgabe des Planes eines provisorischen Röhrensyndikats identisch ist. Auch die Aktien sonstiger Walz- und Eisenwerke waren überwiegend niedriger. Die Aktien der Lorenz-Telegraphenwerke gaben bei einem Angebot von nur ca. 3000 bis 5000 M. um 7½ Prozent nach. Von Zinselftien waren die der Rheinisch-Nassauischen Bergwerks- und Hütten-Ges. weiter um 3 Prozent niedriger, dagegen konnten sich die Aktien der Berzelius-Gesellschaft nach ihrem gestrigen Kursrückzange um ca. 3 Prozent erhöhen, im Zusammenhang mit Meldungen, nach denen die umlaufenden Dividendenschätzungen von 4 gegen 10 Prozent verfrüht und ein so starker Dividendenrückgang nicht zu erwarten sein soll. Die Aktien der Rauchwarenrichterei Walter gingen um 12 Prozent zurück, angeblich auf Exekutionen hin. Die Aktien der Oberschlesischen Kolzwerke ermäßigten sich nach der gestrigen Kurssteigerung um 3,60 Prozent. Die Aktien der Eisenbahnbauanstalt Büdel, die schon gestern niedriger gewesen waren, schwächten sich weiter um fast 7 Prozent ab und waren „nach Kurs“ noch etwas niedriger angeboten. Das Bezugrecht auf die jungen Aktien, die bekanntlich den Aktionären gratis angeboten worden sind, wurden heute zum ersten Male mit 107 Prozent notiert. Die rechnerische Variät stellte sich auf circa 108 Prozent. Die Aktien der Gladbacher Wollindustrie-Akt.-Ges. gaben um 2 Prozent nach, weil für das am 30. Juni zu Ende gegangene Geschäftsjahr mit einer niedrigeren Dividende als im Vorjahr gerechnet wird. Es notierten höher: Gebr. Goedhart 2, Frib Schulz 4, Bäher, Garstein 2,25, Lindes Eisemasch. 4,40, Westfälia Cement 2,75, Tuchfabrik Aachen 3 Prozent. Es notierten niedriger: Julius Berger 2, Gebhardt u. König 3, Cröllwitzer Papier 3,15, Aluminium-Ind. 2, Busch Waggon 4, Daimler 3,50, Düsseldorfer Masch. 2, Eselstorff Masch. 2,50, Harburger Eisen 2,50, Büdel 6,75, Kappel Masch. 3,50, Kirchner u. Co. 2,75, Lehniger Werkzeug 3, Linke-Hofmann 3, Kürnberger Herkules 2,50.

werke 3,10, Schubert u. Salzer 2,65, Schwarzkopff 2, Vogl, Wachinen 2,10, Wilhelmshütte 3 gegen letzte Notiz, Anilinsabef Trepow 4,50, Bad. Anilin 5,25, Elberfelder Farben 4,75, Milch u. Co. 2,50, Rasquin Farben 3,75, Chem. Charlottenburg 2, Bremer Linoleum 2, Delmenhorster Linoleum 3,50, Auer 5,50, Deutsche Waffen 3, Wölerhütten Glas 2, Kahla Porzellan 5,75, Königszell 3,50, Schönwald Porzellan 2,50, Triptis Porzellan 4, Lorenz 7,75, Bismarckhütte 3, Böhler 5, Braunsch. Koblenz 2, Eintracht Bergw. 6, Geisweider 3, Harkort Bergw. 2,50, Haiper Eisen 1,50, Hösch 3,25, Hubertus Braunt. 2,50, Königsborn 2,10, Mannesmann 3,25, Halton Mannstadt B.-A. 3, Meggendorfer 3,25, Oberleichter Roß 3,60, Rhein.-Nassau 3, Westergeln 2,25, Witener Stahl 6,75, Lindauer Weiterei 2,75, Gelsenkirchen 2,15, Phönix 3, Naphtha Nobel 4 Prozent.

Eine Erhöhung des Privatdiskonts trat heute ein, da Diskonten wieder sehr knapp waren und für die günstigen Anfang Oktober-Sichten weiter reges Interesse vorhanden war. Der Satz ging auf 2 Prozent (gestern 2½ Prozent) zurück und bewegt sich damit auf einem so niedrigen Niveau, wie es seit langem nicht zu verzeichnen war. Beiläufig sei bemerkt, daß Berlin zurzeit den niedrigsten Privatdiskonts der Welt hat. Tägliches Geld war zu 2 Prozent und darunter angeboten und nur schwer zu plazieren. Die Preußische Zentralgenossenschaftskasse und die Seehandlung erneuerten ihre bisherigen Geldofferter. Am Eisenenmarkt machte heute die Befestigung Fortschritte, und zwar wurden im "freien Verkehr" Schel London mit zirka 20,50 und Schel Paris mit zirka 81,40 gesucht. Sofortige Auszahlung Petersburg tendierte dagegen wieder schwach und wurde mit zirka 214,25 bis 214,10 (gestern zirka 214,27 à 214,25) umgesetzt. Die offiziellen Notierungen stellten sich für Schel London auf 20,50 (90,40%) und für Schel Paris auf 81,275 wie gestern.

# Berliner Fondsbörse.

Berlin, 10. Juli. Auch heute war die Haltung der Wiener Börse ausschlaggebend für die Gesamtrendenz des hiesigen Verkehrs. Da an der Donau wieder politische Befürchtungen an der Tagesordnung waren und am Wiener Frühmarkt zu umfangreichen Glattstellungen geführt hatten, so waren auch hier nicht zum wenigsten gerade infolge von Abgaben für österreichische Rechnung auf der ganzen Linie Kursrückgänge zu registrieren. Im einzelnen stellten sich namentlich Montanpapiere niedriger, die teilweise schon bei Feststellung der Anfangsnoteurungen bis zu  $1\frac{1}{2}$  Prozent im Kurse nachgaben. Auf diesem Marktgebiete kam als spezieller Verstimmungsgrund die abermalige Vertagung der Rohrenindustrierungsverhandlungen und das neuerrliche Abbrecheln der Ausfahrunterungen für deutsche Stahlzeugnisse am Weltmarkt hinzu. Verhältnismäßig gut im Kurse behauptet waren anfangs wenigstens die Aktien des Bochumer Vereins. Elektrizitätspapiere und die anderen Industriewerte des Ultimomarktes hatten gleichfalls Kurseinbußen bis zu  $1\frac{1}{2}$  Prozent aufzuweisen. Von Schiffsaktiowerten verloren die Aktien der Hamburg-Südamerika-Linie und der Deutsch-Australischen Dampfschiffahrtsgesellschaft je  $1\frac{1}{2}$  Prozent und die Aktien der Hansa  $2\frac{1}{2}$  Prozent. Am stärksten im Kurse gedrückt waren jedoch einige der Werte, für die sich die Wiener Spekulation ehemals in besonderem Maße interessiert hatte, so die Aktien der

Deutsche Anleihen.		Dt. Hyp.-Pfd. VII	4	93,50 bz. G.	Pr. Pfdsr. 1906	3½	87,50 G.	Macedonien Prior.	3	60,60 bz. G.
Reichs-		v. 1. 8. 14	—		W. Westf. Bod.			Osterr. Südb. Pr.	2	49,60 bz. G.
Schatz-		v. 1. 4. 15	100,30 G.	VIII	Cred.-B. Pfdsr.			Tschawatow Rat.	5	85,00 G.
Scheine		v. 1. 5. 16	100,25 G.	XIX	auslöst. 1—9 a	4	94,00 bz. G.	Gr. Russ. Staats.		—
Pr. Schatz v. 1. 4. 15		100,40 B.	Hamb. unk. 1900	4	94,50 bz. G.	desgl. 1920, 12—12a	4	bahn-Prior.	3	—
v. 1. 5. 16		100,30 G.	1910	4	95,00 G.	1922, 13	4	Kursk-Litew.	4	85,50 bz.
Deutsche Reichsanl.		3½	86,40 bz. G.	Medl. Hyp. 1909	3½	85,50 bz. G.	1907	Mosk.-Kiew. Wrsch.		—
		3	76,20 bz. G.	1908	4	94,00 G.	3½	unt. 1909	4½	95,10 bz.
		4	—	Meininger II, VI, VII	4	94,70 G.		Mosk.-Rjasan	4	86,00 bz.
Pr. konf. St.-Anl.		3½	86,40 bz. B.	VIII, IX	4	94,60 G.		Smol. usw.	4	84,25 bz.
		3	76,25 bz. B.	konf.	3½	86,00 bz. G.		Wd.-Mysk.	4	84,50 G.
		4	99,00 bz. G.	Präm.	4	143,10 G.		Rjäs.-Kozlow	4	84,30 bz.
Bad. Staats-Anl.		4	97,40 G.	Nordd. Grundst. III	4	93,50 G.		Uralst.	4	—
Bayr. Staats-Anl.		4	98,60 G.	VII	3½	83,10 G.		Uralst. 1897	4	—
Bremer Anleihe		3½	84,50 bz. G.	Pr. Boden 1917	4	94,80 bz. G.		Rjä.-Sib.-Pr.	4	84,50 G.
Dt. Pfdsr.-u. Bos.		4	96,80 G.	1913	4	94,80 bz. G.		Rjä.-Sib.-Bolog	4	84,60 B.
Hess. St.-Anl. v. 99		4	—	1916	4	94,90 G.		Translaufasler Pr	3	72,40 B.
Hamb. Staats-Anl.		3½	86,20 G.	1911	3½	86,60 G.		Warschau-Wien	4	—
amort. 1900		4	97,90 G.	Bödkrd.-Pfdbr.	3¾	87,90 G.		Wladikau. 09	4½	96,50 bz.
Lübecker Anleihe		3½	87,00 G.	Pr. Bent.-Bod.-Pf.	4	94,25 G.		unt. 1912	4½	95,50 bz.
Berl. Staats-Öblig.		3½	97,80 G.	v. 1890, 1. 4., 1. 10.	4	94,10 G.		1913	4½	95,50 bz.
Östpr. Pr.-Öbl. 8—9		4	93,30 bz. G.	Pr. Bent.-Bod.-Pf.	4	94,10 G.		St. Louis St. 1931	5	—
Posen Provinz-Anl.		4	93,30 L.	vor 1899, unfdb.				Refund	4	70,10 bz.
		3½	83,25 bz. G.	1909, 1. 1., 1. 7.	4	94,10 G.				
Pos. St.-Anl. I—III		3½	85,00 G.	Pr. Bent.-Bod.-Pf.	4	94,20 G.				
		1900	4	95,00 G.	von 1901, unfdb.					
Landsch. Rentz.		4	95,75 bz. G.	1910, 1. 1., 1. 7.	4	94,20 G.				
		3½	86,60 G.	Pr. Bent.-Bod.-Pf.	4	94,00 G.				
neue		3	77,25 G.	von 1906, unfdb.						
Ostpreußische		3½	84,60 bz. G.	1916, 1. 1., 1. 7.	4	94,00 G.				
Pommersche		3½	87,10 bz.	Pr. Bent.-Bod.-Pf.	4	94,00 G.				
		3	75,80 G.	von 1907, unfdb.						
Posensche alte		4	—	1917, 1. 1., 1. 7.	4	—				
D.		4	95,10 B.	Pr. Bent.-Bod.-Pf.	4	94,70 bz. G.				
E.		4	95,10 B.	von 1909, unfdb.						
Lit. C.		3½	91,20 G.	1919, 1. 1., 1. 7.	4	94,70 bz. G.				
A.		3	91,10 G.	Pr. Bent.-Bod.-Pf.	4	94,70 bz. G.				
B.		3	79,75 G.	von 1886, 1889, ver-						
neue		3	83,50 G.	schieden	3½	84,80 bz. G.				
Schl. altdeutsch		4	94,40 B.	Pr. Bent.-Bod.-Pf.	4	94,40 G.				
landsh. A		4	96,00 G.	v. 1894/1896, ver-						
landsh.		3½	87,80 G.	schieden	3½	84,80 bz. G.				
Westpreuß.		3	77,00 B.	Pr. Bent.-Bod.-Pf.	4	94,40 G.				
Posensche		3½	86,60 G.	von 1904, unfdb.						
		3½	86,60 G.	1913, 1. 1., 1. 7.	3½	84,80 G.				
Preußische		4	93,40 B.	Pr. Kom.-Öbligat.	4	95,60 G.				
		3½	85,70 bz.	von 1901, unfdb.						
Schlesische		4	96,30 bz. G.	1910, 1. 1., 1. 7.	4	95,60 G.				
		4	96,75 G.	Pr. Kom.-Öbligat.	4	95,60 G.				
Brüdw. 20 L.-St.		—	205,40 bz.	v. 1871/1891/1896	1. 4., 1. 10.	3½	86,50 G.			
Köln-Wind.-Brem.		3½	138,75 bz.	Pr. Hyp.-Alt.-Pf.	3½	—				
Hamb. Brem.-Anl.		3	167,60 bz.	abg.	3½	116,00 G.				
Wein. Lofe St. P.		—	—		4	92,00 bz. G.				
Oldenburg. Lofe St.		3	88,10 bz.	1904 unf. 13	3½	84,20 bz. G.				
		3	128,50 bz.	1905	4	93,00 bz. G.				
		3	123,50 G.	1907	17	94,10 bz. G.				
Hypothen-Pfandbriefe.				Pr. Pfandbrieff.	3½	—				
Vrl. abg. Hyp.-Pfd.		4	92,25 bz. G.	IX/1909	2,3	—				
		3½	84,50 G.		4½	—				
I u. II		4	93,20 G.		4	116,00 G.				
III/IV unf. 1915		4	93,20 G.		4	92,00 bz. G.				
I unf. 1916		3½	87,60 G.		3½	84,20 bz. G.				
Grundst. P. I		3½	—		4	93,00 bz. G.				
II		3½	123,50 G.		4	93,00 bz. G.				
Grdfr. G. III/IV		3½	101,50 bz. G.		4	94,10 bz. G.				
XVIu.XVIIa		4	96,00 G.		4	94,10 bz. G.				
Ausländ. Staats- usw. Papiere.										
Argentinier Anl.		4½	—							
Bulgarische St.-A.		4½	—							
Bulg. Hypoth.-Anl.		6	—							
Chinesische Anl.		4½	89,90 bz. B.							
Chinesische 1896		5	99,40 G.							
Griechische Consols		1½	48,25 G.							
Japanische Anleihe		4½	92,50 bz. G.							
Italienische Rente		3½	—							
Merikan. 1899		5	81,70 bz.							
Gold-Rente		4	85,20 bz. G.							
Papier-Rente		4½	—							
Silber-Rente		4½	83,80 bz. G.							
Kronen-Rente		4	81,10 G.							
60 er Lope		4	—							
64 er Lope		—	595,00 bz.							
Portug. un. III		3	66,00 G.							
Poln. Pfandbriefe		4½	88,50 B.							
Num. am. Pfdr. alte		5	100,20 bz. G.							
1890 er		4	95,20 bz.							
1891 er		4	89,10 bz.							
Konsole 1880		4	86,80 bz. B.							
1890 er		4	—							
1902 Staats-R.		4	89,50 G.							
Anl. 1905		4½	97,90 G.							
1864 Lope		5	—							
1866		5	—							
Serb. Rente		4	77,00 bz. G.							
Sofia Stadtanl.		5	93,70 G.							
Tzrl. Anlage A		4	—							
Adm.-Anl.		4	75,60 G.							
400 Fr.-Lope		—	162,50 bz. G.							
Gold-Rente		4	80,20 bz.							
Kronen-Rente		4	79,50 bz. G.							
Staats-R. (97)		3½	70,50 B.							
(Gis. L.) Ut.		3	—							
Lope		—	—							
Biel. 1898 St.-Anl.		4	85,50 B.							
vo. Invest.-Anleihe		4	85,20 G.							
Eisenbahn-Stammaktien.										
Anatolier		5½	112,50 G.							
Baltimore u. Ohio		6	91,10 bz.							
Canada-Pacific		10	192,50 bz.							
Biegitz-Karawitscher		4½	—							
Stamm-Prior.		4½	—							
Österr. Südb.-Akt.		0	16,00 bz. G.							
Prince Henribahn		8	143,75 bz.							
Ausländ. Eisenb.-Prioritäten.										
Kasch.-Öddg. Silber		4	81,60 G.							
Kronprinz Salz.		4	87,30 B.							
Konstantin. Prior.		4½	90,20 bz. G.							
Sachsen. Prior.		4	90,20 bz. G.							
Sächsische Bank		8	148,75 B.							
Schaaff. Bank.		3	106,30 bz.							
Schles. Bodenkrt.		8	153,00 G.							
Barcas. Diskontv.		12	170,50 G.							
Wien. Bankverein		8	—							

*Journal of Health Politics, Policy and Law*, Vol. 35, No. 4, December 2010  
DOI 10.1215/03616878-35-4 © 2010 by The University of Chicago

Industrie-Aktien u. St.-Pr.			Körnung Gebr.	8	116,00 G.
Hugger Brauerei	8 1/2	139,00 bz.	Ag. Wilh. Bg. &c.	18	230,10 bz.
Sinner Brauerei	14	232,00 G.	Agl. Laurahütte	8	145,50 bz.
Reichelbräu	11	222,00 bz. G.	Leopoldsh. chem.	4	85,00 bz. G.
Frankfurter fond.	7	122,50 G.	— 5% St.-Pr.	5	107,00 G.
Adler Portl.-Bmt.	6	101,00 bz. G.	Löwe u. Co.	18	302,75 bz.
Allg. Elekt.-Gef.	14	241,00 bz.	Magdeb. Bergw.	38	501,00 G.
(v. D. Edison-G.)			München Brauh.	7	111,50 G.
Annaburg. Stgt.	7	117,50 bz. G.	Niederl. Kohlen	—	214,50 bz. G.
Baer u. Stein Metall	30	398,00 G.	Nordd. Lloyd	8	109,25 bz. G.
Bendix Holzarb.		42,00 G.	Öbschl. Eis.-Bud.	4	84,50 bz. G.
Berl.-Auh. Metall.	9	133,25 G.	Eis.-Ind.	0	84,50 bz.
Elekt.-Werk	12	170,50 bz.	Ob. Kokswerke	17	215,00 bz. G.
Holz-Kont.	7	85,25 B.	Ob. Prtl.-Zem.	8	155,25 bz. G.
Bresl. Spritfabr.	22	439,00 bz. G.	Orensi. u. Koppel	—	147,25 bz. G.
M. Schwarzkopff	16	258,00 bz. G.	Omn.-Gesellsc.		—
Bismarckhütte	9	140,00 bz. G.	Oppeln. Zement	10	148,00 bz. G.
Bochumer Bergw.	10	132,25 G.	Pausch. Masch.	0	—
Gussstahl	14	219,00 bz.	Passage fond.	9	121,50 bz. G.
Bresl. Elekt.	6	—	Phöniz. Bergw.-A.	18	230,40 bz.
Chem. Werke Bhl.			Bank für Sprit	23	438,75 bz. G.
Consolid. Bergw.	23	315,50 bz. G.	Chem. Fabr. Wilh.	15	253,00 bz. G.
Deutsch. Jut.-Sp.	25	313,00 bz. G.	Boi. Straßenbahn	9 1/2	—
Gasglühtlich	25	562,50 bz. G.	Rütgerswerke	12 1/2	189,00 bz.
Steng.-Akt	16	203,00 G.	Schering Chem.-F.	15	229,00 bz. G.
Deutsch.-Lüdens- burger Bergwerke	10	124,90 bz.	Schles. Binschütte	17	348,25 G.
Donnersmarck.	24	324,00 bz. G.	Leinea Kr.	3	115,90 bz.
Duxer Porzellan	6	80,25 bz. G.	Siem. u. Halske	12	210,50 bz.
Egestorff. Salz	11	161,00 bz. G.	Staßfr. chem.	9	143,00 G.
Elderfield. Papiers	0	—	Stett. Chamott.	5	127,40 G.
Elekt. Licht- und Kraftanlagen	7 1/2	129,00 B.	Bulsan	—	125,00 bz. G.
Elekt. Hoch- und Untergrundbahnen	6	130,00 bz. G.	Stöwer Rähm.	10	122,00 bz. G.
Flöther A.-G.	14	249,00 bz. G.	Stolb. Binfalt.	7	106,00 bz. G.
			Thiederhall	0	61,00 B.
			Ber. v. Niedelw.	—	296,00 bz. B.
			Weitl. Drahtw.	10 1/2	170,50 bz.
			Union chemische	18	202,00 bz. B.
			Zuckerf. Kruszwic.	16	193,00 bz.

卷之三

		Obligationen.		
		Allg. Dtsch. Kleinb.	Böch. Gels. r.	Gr. Berliner r.
Gelsenk. Bergwer	11	178,60 Bz.		73,10 G.
Ödlicher Eisenbh	9	213,00 G.		
Majch. sv	5	51,25 Bz.		
Gr. Berl. Stsb.	8	146,00 Bz. G.	102 1/2	101,25 G.
Ges. f. elekt. Liniu.	10	156,00 Bz.	100 1/2	101,70 B.
Gaggenau Vorz.				
Altien	4	60,75 G.		
Hamburg-Amer.	10	125,70 Bz. V.	103 1/2	94,00 G.
Halleische Match.	28	359,50 G.		
Hannover. Bau	0	55,00 G.		
Handelsgesellsc				
für Grundbesitz				
Sach. Wien Gu.	0	150,75 Bz. G.		
Part. d. konv.	6	126,75 G.		
St. P. konv.	6	90,00 B.		
Darpen. Bergw.	7	115,00 G.		
Darz. Wl. Alt.-B.	11	174,00 Bz. G.		
Verbrand. Wgg.	0	12,25 G.		
Döbst. Farbwerke	10	149,00 Bz. V.	100 Fr.	81,35 Bz.
Hotel-Betr.-Ges.	30	458,75 Bz.	100 Fr.	84,90 Bz. V.
Bgg.	—	134,50 Bz. G.	100 Fr.	214,05 Bz.
Howaldtswerke	—	—	100 Fr.	—
Hibertia Bergw.	—	—	100 Fr.	—
Hofm. Waggon	—	—	100 Fr.	—
Köhlmann Flärkf.	22	385,50 Bz. G.	100 Fr.	—
Köln. Bergver	—	—	100 Fr.	—
		Gold, Silber u. Banknoten.		
Sovereigns p. Etage				20,45 Bz.
20 Francs	20			16,35 Bz.
Do Iers				—
Eng. Banknote p. 1 P.				20,45 Bz. G.
Franz. p. 100 Fr.				81,35 Bz.
Österl. p. 100 Fr.				84,90 Bz. V.
Russ. Bank. p. 100 R.				214,05 Bz.
Roll-Cont. R. p. 100				—
		Bankdistanz.		
Berlin 4.			Lombard 5.)	
Amsterdam 3 1/2.			Brüssel 4.	
London 3.			Paris 3 1/2.	
Petersburg 5 1/2.			Wien 4.	